

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 32 (2013)

Heft: 62

Artikel: Haushaltsökonomien in der Krise

Autor: Wichterich, Christa

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haushaltsökonomien in der Krise

Die Sorgeökonomie fungiert als Quelle von Versorgung und sozialer Reproduktion und als Senke für Kosten, Lasten und Risiken. Krisen verstärken die makroökonomische Bedeutung von Mikroökonomien. Die folgenden Thesen werfen Blitzlichter auf die Umstrukturierung von Arbeitszusammenhängen in Krisensituationen im globalen Süden und im Norden. Sie setzen die Mikroökonomien der Sorge und Haushalte in Zusammenhang mit makroökonomischen Politiken und mit dem Paradigmenwechsel in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, die heute als Wirtschaftsförderung agiert. Dabei reflektieren sie aufgeworfene Fragen mehr, als dass sie abschliessende Antworten geben.

Sorgearbeit und Frauen als Homo oeconomicus in der Entwicklungszusammenarbeit

Das «strategische Schweigen» (Bakker 1994) ist gebrochen. Die Weltbank stellt Care nun in Rechnung, und zwar als Rahmenbedingung für das neo-liberale Projekt des ökonomischen Empowerments von Frauen als Homo oeconomicus¹, als gleichberechtigte Marktakteurin. Im Weltentwicklungsbericht 2012 sieht sie die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen als wichtige Ursache für Geschlechterungleichheit und wertet sie vor allem als «fehlallozierte» Zeit- und Arbeitsbelastung und als Beschränkung der bezahlten Beschäftigung. In der neoklassischen Logik der Weltbank schafft nur Erwerbsarbeit Entwicklung (The World Bank 2011).

Dagegen bleibt die Weltbank blind gegenüber dem produktiven Wert der Sorgearbeit von Frauen und der Versorgungsökonomien wie z. B. der kleinbäuerlichen subsistenzorientierten Landwirtschaft. Ihr Genderblick richtet sich nur auf die Kluft zwischen Männern und Frauen. Der Zugang zu modernen Agro-Inputs wie Chemiedünger und Industriesaatgut soll Kleinbäuerinnen allüberall empowern, d. h. ihre Produktivität steigern. Es ist jenseits des Weltbank-Horizonts, dass Frauen ihr eigenes Saatgut vermehren, verbessern, tauschen und damit Ernährungssouveränität bewahren wollen, statt hybrides Konzernsaatgut teuer auf dem Markt zu kaufen. Durch Integration und Gleichstellung von Frauen im Markt höhlt die Weltbankpolitik die Selbstversorgung durch die Care-Ökonomie aus

und verwandelt kleinbäuerliche Produzentinnen in Konsumentinnen. Frauen-Empowerment wird so in den Dienst des agrarwirtschaftlichen Strukturwandels hin zur konzerngesteuerten und industrialisierten Landwirtschaft gestellt mit dem entwicklungspolitischen Oberziel: Wachstum und Effizienzsteigerung der Märkte (Wichterich 2012).

Das zentrale entwicklungspolitische Instrument neoliberaler Markteinbindung von Frauen ist der Mikrokredit. Die Kommerzialisierung der Mikrofinanzierung im vergangenen Jahrzehnt verknüpft diese mit der Finanzindustrie und Konzernen, verdrängt selbstorganisierte Spar- und Kreditgruppen, mobilisiert Frauen für «einkommensschaffende Tätigkeiten» und Kleinunternehmertum und entwertet die nicht marktliche Sorge- und Subsistenzproduktion. So werden beispielsweise Kreditnehmerinnen als Verkäuferinnen von Danone-Produkten in Bangladesch aktiviert, obwohl jede Frau in der Haushaltsökonomie ihren eigenen Joghurt herstellt. Der Mikrokredit ist die in Geld und Zins geronnene Form der Übertragung von Eigenverantwortung in der Rationalität des Homo oeconomicus an Frauen (Wichterich 2011).

Sorgearbeit als Quelle von Wertschöpfung und Macht

Vielerorts im globalen Süden stehen Sorge- und Subsistenzarbeiten und ihre Bewertung noch in einem Spannungsfeld zwischen der subsistenzbasierten, sozial und ökologisch eingebetteten, moralischen Ökonomie einerseits und der monetarisierten sowie zunehmend neoliberalisierten und entbetteten Ökonomie andererseits. Sorge, Subsistenz und Sparen waren in den «vormodernen» Ökonomien eine Quelle relativer Macht. Frauen galten mit ihren Küchengärten und der Feldarbeit als Ernährerinnen, als wertschöpfende Produzentinnen. In den meisten bäuerlichen Kulturen wurde den Frauen das Saatgut und das Geld oder der Schlüssel zur Geldkiste zur Aufbewahrung überlassen.

Die Tausch- und Vertragslogik der kapitalistischen Ökonomie hat gegenüber feudalen und Sklavenhalterökonomen grosse emanzipatorische Potenziale – für alle Marktakteure. Gleichzeitig verdrängt die Markt-, Gewinn- und Geldlogik die Versorgungslogik und die moralischen Elemente der vorindustriellen Ökonomie, damit aber auch die Machtbasis von Frauen. Im gleichen Atemzug der Geschichte definiert die neoklassische Ökonomik die nicht marktförmige Subsistenz- und Ernährarbeit der Frauen als unproduktiv, nicht wertschöpfend und ausserökonomisch. Damit trennt die zutiefst westliche Wirtschaftslehre, was in der Haushaltsökonomie eins bzw. unauflösbar verschränkt war, nämlich die Versorgung, die Vorsorge, die Erhaltung der Lebensgrundlagen, ein Geldeinkommen und wechselseitige soziale Absicherung im Austausch mit der Natur.

Auch die Konzepte von Care-Ökonomie und Care-Arbeit sind Teil westlichen Denkens, nämlich des westlichen Feminismus (Folbre 1994). Wenn feministische Diskurse binäre Ansätze von Sorge versus Markt auf Haushaltsökonomen im globalen Süden übertragen, laufen sie Gefahr, die Spaltung zwischen Privatem und Öffentlichem diskursiv ebenso zu zementieren, wie es die Neoklassik tut, indem sie Sorgearbeit aus dem Markt auslagert. Aus einer postkolonialen Perspektive ist zu kritisieren, wenn der Care-Ansatz zum Tunnelblick wird und Sorgeökonomen ohne ihre Kontexte und komplexen Arbeitszusammenhänge analysiert. Gleichzeitig muss aus feministischer Perspektive immer die Machtfrage zwischen den Geschlechtern gestellt werden, wohlwissend, dass Macht nicht in ökonomischer Verfügung aufgeht und sowohl der Markt als auch die Subsistenz für Frauen eine Machtprobe sein können.

Haushaltsökonomen als komplexe Machtverhältnisse

Westliche Feministinnen begrüßen das Verhandlungsmodell, in dem die Geschlechter Interessendifferenzen in Belangen der Zeit-, Arbeits- und Ressourcenallokation in Haushalten aushandeln, und lehnen die Unterstellung eines Interessenkonsenses der Geschlechter ab. Inzwischen haben Weltbank und andere Entwicklungspolitische Agenturen das Modell übernommen und es dahingehend zugespielt, dass Frauen in den Ländern des globalen Südens individuell zu empowern seien, um mit ihren männlichen Partnern die Arbeits- und Ressourceteilung aushandeln zu können; so könnten sie als Homo oeconomicus im Markt aktiv werden. Unterstellt wird mit diesem Modell der Haushalt als Kleinfamilie, sprich: ein verheiratetes heterosexuelles Paar mit einem männlichen Familienernährer und mit Kindern als einzigen Abhängigen (Bergeron 2011).

Die Realität der Haushalte im globalen Süden ist jedoch häufig eine andere. Sie beinhaltet ein breites Spektrum alleinerziehender Frauen, wechselnder Partnerschaften, grossfamilialer und erweiterter Konstellationen mit verstelten Abhängigkeits- und differenzierten Machtbeziehungen. Auf diese gelebten sozialen Realitäten, in denen Migration und transnationale Haushalte eine immer grösitere Rolle spielen, ist das kleinfamiliale Verhandlungsmodell nicht übertragbar.

Krise und Armut sind im globalen Süden Normalität

Im Norden beschleunigt die Krise den langjährigen Trend der Prekarisierung von Beschäftigung und sozialer Sicherheit – eine umfassende «Entsicherung» (Wilhelm Heitmeyer) der Lebensgrundlagen, die auch die Mittelschichten trifft. Das Konzept kontinuierlicher Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, das aus der Erosion formaler Erwerbsarbeit und aus dem Abbau von Sozialstaatlichkeit abgeleitet ist, wird den

diversen Ökonomien im globalen Süden nicht gerecht, wo weder ein formeller Arbeitsmarkt noch Sozialstaatlichkeit entwickelt sind.

Krise ist für arme Frauen im globalen Süden der Normalzustand (Aguiar 2010). Frauen in den Dörfern Afrikas nehmen ihr Leben als serielle Notlage wahr, wo Ernährungsengpässe, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Krankheiten, Notstände in den Haushaltsskassen und das Schrumpfen des öffentlichen Sektors ihnen immer neue Überlebens- und Subsistenzstrategien abverlangen. Arme Frauen in Südasien, die immer noch als die lebendigen Versorgungsleitungen für ihre Familien wirken, nennen sie die 3-F-Krise – food, fuel, finance. In Mittelamerika sanken die Rücküberweisungen von MigrantInnen genau zu dem Zeitpunkt, als die Preise für Grundnahrungsmittel um 25 Prozent stiegen. 2008/09 trafen die langen Wellen der Finanzspekulationen und des Crashes in zwei verschiedenen Krisensymptomen aufeinander und verschärften die lokale Dauerkrise des Überlebens.

Die Übertragung des Konzepts der Prekarisierung von Lebensverhältnissen im Norden auf den globalen Süden läuft Gefahr, der derzeitigen entwicklungspolitischen Taktik, Armut statistisch verschwinden zu lassen, in die Hände zu spielen. Die Weltbank hat gerade mit beachtlichen Datenmanipulationen die Millennium Development Goals als vorzeitig erfüllt bejubelt. Im Kontext des neoliberalen Paradigmenwechsels von der Entwicklungszusammenarbeit hin zur Wirtschaftsförderung ist Armutsbeseitigung als Oberziel verdrängt worden.

Sichere Lebensgrundlagen (*livelihood*) – als Absicherung gegen Armut – setzen sich für arme Frauen im globalen Süden zusammen aus a) dem Zugang zum Ressourcennexus von Nahrung, Wasser und Energie, b) einem sicheren Geldeinkommen, um die wachsenden Kosten für Gesundheit, Bildung und Gebrauchsgüter, aber auch für Lebensmittel decken zu können, und c) der Möglichkeit, gewaltfrei und in Würde zu leben (PWESCR 2009).

Die Verdrängung der Sorgelogik durch die Marktlogik

In den Ländern des Nordens ist paradoxe Weise unter den Bedingungen der Deindustrialisierung und der Überproduktionskrise der Sektor personennaher Dienstleistungen eine Wachstumsbranche. Sorgearbeiten werden zunehmend als Erwerbsarbeit geleistet und der Marktlogik von individueller Nutzen- und Produktivitätsmaximierung unterworfen. Da sie eigenen Tempi und Motivationen folgen, lässt sich ihre Effizienz jedoch nicht profitfördernd steigern, und sie werden im Markt gering bewertet und mies bezahlt. Marktförmig organisierte Sorgesektoren sind prototypisch für Dumping-Löhne und -Arbeitsbedingungen.

Als Wachstumsbranchen sind jedoch z. B. Pflegeheime und ambulante Dienste für Senioren ein lukratives Investitionsfeld. Bislang Aussermarkt-

liches wie Natur, Versorgung und soziale Sicherheit werden zunehmend finanziert und zum Spekulationsobjekt, wie sich am Beispiel der Pensionsfonds, Nahrungsmittel oder Verschmutzungsrechte zeigen lässt.

Auch das Kreditwesen hat diese Sektoren zunehmend im Griff, beispielsweise kreditfinanzierte Gesundheitsversorgung und Ausbildung. Was aber bedeutet es für die medizinische Versorgung von Rentenversicherten, wenn die Deutsche Bank einen Fonds auflegt, der auf deren Tod spekuliert? Welche Folgen hat es für Erziehungsarbeit, wenn Bildung privatisiert und von Jugendlichen durch Kredite finanziert wird? Was bedeutet es für die Sorgearbeiten in britischen Frauenhäusern, dass sie aufgrund der GATS-Liberalisierung nun international ausgeschrieben sind?

Die politische Antwort auf die Verschuldungskrise in der EU sind weitere Liberalisierung von Investitionen, Privatisierung und Austeritätspolitiken. Der EU-Fiskalpakt zwingt die Staaten zur Schuldenbegrenzung und zum sozialen Sparkurs, der öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherung reduziert und Sorgeverantwortung individualisiert und familiarisiert. «Wettbewerbsfähigkeit» dient zudem als Argument für eine weitere Kostenreduktion im Erwerbsmarkt durch Deregulierung und Informalisierung von Beschäftigung.

Austerität der öffentlichen Hand und individuelle Eigenverantwortung sind zwei Seiten derselben neoliberalen Medaille. Austerität gilt als Voraussetzung für Wachstum. Im Süden wie im Norden wälzen Staaten und Märkte Kosten, Lasten und Risiken auf Privathaushalte, lokale, teils religiöse Gemeinschaften und Kommunen ab. Dort herrschen oft patriarchale Geschlechternormen und Rollenzuweisungen, und die Organisation der sozialen Reproduktion und anderer Arbeiten soll individuell ausgehandelt werden.

Das Private ist politisch – die Care-Ökonomie auch

Um Einkommensrückgänge und soziale Entsicherung aufzufangen, organisieren Haushalte ihre Arbeitszusammenhänge neu, häufig durch unbekannte und bezahlte Mehrarbeit oder durch Migration. In Europa geht dies derzeit mit einer Erosion der männlichen Ernährerrolle und mehr weiblicher Erwerbstätigkeit einher, aber keineswegs automatisch mit einer Neuverteilung der Sorgearbeiten zwischen den Geschlechtern. Privates, häuslerisches Management von Krise und Prekarisierung ist individuell überlebensnotwendig. Kollektive Lösungsansätze in der Alltagspraxis finden sich in Projekten solidarischer Sorgeökonomie und im *commoning*, der Konstruktion von Gemeingütern durch neue Sozialpakte von unten.

In Europa sprießt derzeit eine Vielzahl von Projekten städtischer Landwirtschaft und des Gärtnerns – Transition-Town-Bewegung, interkulturelle Gärten, *guerilla gardening* –, die alle das Ziel verfolgen, gegen die

Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion lokal Ernährungssouveränität zurückzugewinnen. Die Versorgung als bürgerschaftliches Projekt zu organisieren versucht auch die süddeutsche Kommune Eichstätt, die allen Gemeindemitgliedern ein Altern in Würde in der Gemeinde durch einen Mix aus bezahlter und unbezahlter, aus familial, privatwirtschaftlich und öffentlich organisierter Betreuungsarbeit zusichert. Soziale Reproduktion und Sorge werden so durch Sozialverträge neu organisiert, Geschlechterstereotype werden dadurch aber keineswegs automatisch beseitigt.

Gleichzeitig artikulieren sich auf den öffentlichen Plätzen vieler europäischer Länder neue soziale Bewegungen, die Widerstand gegen den Vormarsch der neoliberalen Marktlogik und die soziale Entsicherung leisten, soziale Reproduktion und die Kommerzialisierung öffentlicher Güter zum Gegenstand politischer Debatten machen sowie «reale» Demokratie für die Organisierung der Wirtschaft und des Öffentlichen, für die Reregulierung der Finanzmärkte und die Fiskalpolitik fordern – von den Indignados über Occupy bis Stuttgart 21.

Ausserdem ist in Deutschland von einer Feminisierung von Arbeitskämpfen die Rede, weil Streiks von Sorgearbeiterinnen immer häufiger werden, von Kindergärtnerinnen, nicht verbeamteten Lehrerinnen, Altenpflegerinnen, Krankenschwestern, Hebammen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nicht nur bessere Bezahlung fordern, sondern «mehr Anerkennung» für ihre Arbeit, die die Regierung in der Krise – im Unterschied zur Männerarbeit in den Schlüsselindustrien – als «nicht systemrelevant», das heisst nicht unterstützungswürdig bewertete.

Wie eine Gesellschaft soziale Reproduktion und Care im Zusammenhang mit den Erwerbsmärkten organisiert, ist eine hochpolitische Frage. Die Vermittlung bzw. die Lösung dieser gesellschaftlichen Überlebensfrage darf nicht in neoliberaler Manier den Haushaltsökonomien und internen Aushandlungen überantwortet werden. Gerade in der Krise müssen Care und die Forderung nach einer Ökonomie, die sich um Menschen, das Soziale und die Natur sorgt, politisiert werden – wie auch die Forderung nach einem sorgenden Staat.

Dies geschieht im Widerstand gegen die fortschreitende *economic and financial governance*. Dazu braucht es politische Interventionen gegen vermeintliche Sach- und Sparzwänge, selbstbestimmte Praxis der bedürfnis- und gemeinwohlorientierten Versorgung und viele kleine Transitionen, statt auf die eine Große Transformation zu warten. Dabei zeigt die Neuorganisation von Arbeitszusammenhängen, wie stark Arbeit von Machtverhältnissen und geschlechtlicher Diskriminierung durchsetzt ist und welche Veränderungen in den ökonomischen Strukturen und Politiken, aber auch in den Köpfen der AkteurInnen notwendig sind.

Anmerkung

- 1 Konstrukt eines ausschliesslich von wirtschaftlichen Erwägungen geleiteten Menschen, das den Analysen der klassischen Wirtschaftstheorie zugrunde liegt.

Literatur

- Aguiar, Diana, 2010: Ending the «crisis of carelessness». Friedrich-Ebert-Stiftung <http://library.fes.de/pdf-files/iez/07458.pdf>
- Bakker, Isabella (Hg.), 1994: The Strategie Silence. Gender and Economic Policy. London
- Bergeron, Suzanne, 2011: Economics, Performativity and Social Reproduction in Global Development. In: Globalizations, vol. 8, no. 2, 151–161
- Folbre, Nancy, 1994: Who Pays for the Kids? Gender and Structures of Constraint. London
- Razavi, Shahra, 2007: The Political and Social Economy of Care in a Development Context: Contextual issues, research questions and policy options. UNRISD: Geneva
- PWESCR, 2009: Women and the Right to Livelihoods. World Social Forum 2009. Testimonies and Discussions. New Delhi
- The World Bank, 2011: Word Development Report 2012. Gender Equality and Development. Washington
- Wichterich, Christa, 2011: Mikrokredite: Das Geschäft mit der Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3 /11, 27–32
- Wichterich, Christa, 2012: Markt und Wachstum vor Menschenrechten. In: Lunapark 21, Heft 17, 30–32

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

42. Jahrgang · Nr. 3 · September 2012 · H20739

PROKLA 168 Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die EU und der Euro in der Krise

Andreas Fisahn
Den Steuern das Tanzen lehren? Europa vor neuen Herausforderungen

Martin Konecny
Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien

Mathis Heinrich
Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Weltbewerbsgeiste

Lukas Oberndorfer
Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus

Andrés Musecchio
Umstrukturierung der Verschuldung und Wachstumsbedingungen: Griechenland und Argentinien im Vergleich

Nikolaï Huke, Jan Schlemmermeyer
Worauf so stößt man auf? Die Kritik der repräsentativen Demokratie in der Euro-Krise: Chance für radikalen Reformismus und gesellschaftliche Emancipation

Joachim Becker
Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU

Michael Wendt
Selbstentzuberung einer Avantgarde

Bodo Kühnemann
Extremismustheorie als Vergangenheitsbewältigung

Aaron Taus
Argentiniens besetzte Betriebe

Das Heft soll die Zusammenhänge zwischen der aktuellen Verschuldungs- und Bankenkrise in Europa und den Widersprüchen des finanzierten Modells kapitalistischer Akkumulation einerseits und den Widersprüchen der europäischen Integration andererseits in den Blick nehmen. Die Kontroversen um das „richtige“ Krisenmanagement erscheinen häufig als Gegensätze zwischen nationalen Regierungen. Was hat es mit der Behauptung auf sich, dass es bei der herrschenden Krisenstrategie um die Durchsetzung deutscher imperialistischer Interessen ginge? Inwiefern kann man angesichts transnationaler Unternehmen und eines globalen Konkurrenzkapitalismus davon sprechen, dass die jeweiligen nationalen Regierungen die Interessen nationaler Kapitale vertreten?

2012 - 168 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-368-5

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE